

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielefeld

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielefeld, Republikanska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährlich vom 16. bis 30. 9. cr 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kasperleure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechnummern: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2087; für die Redaktion: Nr. 2004

Waffenstillstand im Fernen Osten?

Vor einer chinesisch-japanischen Konferenz — Japans Zustimmung — Neue Kämpfe — Der Völkerbund greift ein Die Kämpfe dauern fort

London. Die japanische Regierung hat der chinesischen Regierung mitgeteilt, daß sie mit dem Vorschlag, eine Konferenz zur Regelung der japanisch-chinesischen Beziehungen einzuberufen, einverstanden sei.

Berlin. Das japanische Kabinett stimmte nach einer Meldung Berliner Blätter aus Tokio dem Vorschlag zu, einen aus drei Japanern und drei Chinesen bestehenden gemischten Ausschuss zu ernennen, um alle schwebenden chinesisch-japanischen Fragen zu prüfen, einschließlich des gegenwärtigen Streitfalls in der Mandchurei.

Die Kämpfe in China

London. In Weitang, einer Vorstadt von Mukden, sind neue Gefechte im Gange. Die Kirin-Truppen, die den Japanern bei Tschangtschun heftigen Widerstand geleistet hatten, sind vertrieben worden und haben sich weiter östlich verschanzt. Es besteht ernste Besorgnis, daß die Chinesen in den ländlichen Bezirken zu Gewalttätigkeiten gegen Koreaner und Japaner übergehen werden. Die Telefonleitungen sind vielfach unterbrochen. Die Japaner haben vorsichtshalber Truppen nach Norden entsandt.

Nach Schilderungen von Augenzeugen ist in Mukden alles ruhig. Die Japaner haben die wichtigsten strategischen Punkte der Stadt besetzt. Auf dem Lande außerhalb der von den Japanern beherrschten Gebiete ist die öffentliche Ordnung schwer gestört. Banditen treiben ihr Unwesen und plündern unbehindert. Die Ausländer sind erzwungen, sich nicht außerhalb des von Japanern besetzten Gebietes zu bewegen. Viele Flüchtlinge nehmen in Mukden Zuflucht.

Bombenanschläge auf das japanische Generalkonsulat in Charbin?

Moskau. Nach einer russischen Meldung aus Charbin wurden am Dienstag Bombenanschläge auf das japanische Generalkonsulat, die Redaktion der japanischen Zeitung „Charbin-Nitschi-Nitschi“ und japanische Banken gemacht. Mehrere Personen sollen verletzt worden sein. Nach japanischer Darstellung soll es sich um Anschläge von chinesischer Seite handeln.

Der Völkerbundsappell an Japan und China

Genf. Die vertraulichen Verhandlungen des Präsidenten des Völkerbundes mit den Vertretern der japanischen und chinesischen Regierung unter Hinzuziehung der Vertreter der vier europäischen Großmächte sind Dienstagabend zunächst damit abgeschlossen worden, daß ein telegraphischer Appell an die japanische und chinesische Regierung gerichtet worden ist, sich von allen Maßnahmen zu enthalten, die geeignet sind, die gegenwärtige Lage im Fernen Osten weiter zu erschweren oder einer friedlichen Regelung des Konfliktes vorzugreifen. Dieses Telegramm ist auch im Wortlaut an die amerikanische Regierung gerichtet worden.

Die weitere Aussprache im Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung über den italienischen Rüstungsstillstandsvorschlag wurde auf Mittwoch nachmittag vertagt.

Keine japanische Annektionspolitik gegenüber China

Moskau. Der Stellvertreter des Außenkommissars der Sowjetunion, Karahan, empfing den japanischen Botschafter Hirota und sprach mit ihm über den chinesisch-japanischen Konflikt. Der japanische Botschafter unterrichtete den Stellvertreter des Außenkommissars über den Verlauf der Militäraktion und erklärte nochmals, daß die japanische Regierung keine Annektionspolitik gegenüber China treiben werde.

Die City kapituliert

England hat die Goldstandardakte von 1925 zeitweilig aufgehoben, der Diskontsatz der Bank von England ist von 4% auf 6 Prozent heraufgesetzt worden, aber gleichzeitig ist die Börse geschlossen worden und diesem Beispiel sind Montag, mehr oder weniger, die bedeutendsten Börsen Europas gefolgt. Die Nachwirkungen sind im Augenblick noch nicht zu übersehen, wenn auch aus den Abwehrmaßnahmen der Nationalregierung Hoffnungen auf baldige Ueberwindung dieser Krise durchblicken. Das Pfund Sterling ist in seinem Wert um mehrere Prozent gefallen und die Bank von England hat innerhalb wenigen Tagen Millionen Verluste erlitten, die sich sowohl in Paris, als auch in New York sehr deutlich bemerkbar machten und den dortigen Börsen erhebliche Verluste beibrachten. Nur in Paris ist man sicher, daß diese Krise nicht auf Frankreich ihre Auswirkung finden wird, während die Stimmung in Amerika ziemlich geteilt ist, Europa selbst wird noch diese Katastrophe zu spüren bekommen, wenn England sich entschließen sollte, eine rasche Zollpolitik zum Schutz der Währung durchzuführen, dadurch die Einfuhr zu droffeln, womit nicht nur die nördlichen Staaten, sondern, bezüglich der Luxusartikel, in erster Linie Frankreich betroffen wird. Daß man im englischen Kabinett entschlossen ist, alles zu unternehmen, um die Krise zu droffeln und zu überwinden, das hat der Schatzkanzler Snowden mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht und auch die Opposition um Henderson, erklärt mit aller Entschiedenheit, daß sie die Abwehrmaßnahmen der Nationalregierung billigt und Henderson fordert darüber hinaus, das Land auf, die Nerven nicht zu verlieren, da die Fundamente der englischen Kräfte keineswegs gefährdet sind. Im Völkerbund läßt England durch seinen Vertreter erklären, daß diese Krise durchaus das in England geübte Vertrauen rechtfertige, es habe seine Verpflichtungen seit Kriegsende erfüllt und werde sie auch in Zukunft erfüllen. Aber nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß diese Krise in London selbst und in der City am meisten überrascht hat.

England, die stärkste Finanzmacht der Welt in der Vorkriegszeit, hat seine Vorstellung als Geldgeber der Welt nach dem Kriege an die Vereinigten Staaten abgeben müssen. Es wollte nicht zugeben, daß es aus dem großen Völkerringen geschwächt hervorgegangen ist und hat bereits 1925 die Goldwährung im vollen Wert des Pfund Sterlings hergestellt, während gerade um diese Zeit Frankreich die schärfste Inflation durchlebt hat. Die Goldparität entsprach um diese Zeit nicht den realen Verhältnissen, aber England konnte es wagen, war in einer Reihe europäischer Staaten der Finanzier, hielt Deutschland und Oesterreich und intervenierte einige Zeit erfolgreich gegen die Vormachtstellung Frankreichs. Heute zeigt es sich, daß es der französischen Geldübermacht weichen mußte, die Bank von Frankreich war es, die seit Monaten fortgesetzt einen Geldabzug der Bank von England herbeiführte und, obgleich es vor Wochen durch eine größere Anleihe mit Amerika zur Stützung des Pfundes einprang, war die Bank von England nicht mehr in der Lage, den, an sie gestellten Anforderungen zu genügen, es mußte trotz der durchgeführten Sparmaßnahmen im Haushalt kapitulieren. Aber weniger die Bank von England selbst hat diese Katastrophe herbeigeführt, als die englischen Finanzmagnaten, die die City beherrschten, sie glauben zwar, die Arbeiterregierung fügen zu können, haben aber verkannt, daß die Krise, bezw. die Banktrachs in Oesterreich und Deutschland, auch England zur Opferbank führen werden. Die stolze Geldmacht der Welt hat kapitulieren müssen, weil man nicht den Mut aufbringen konnte, die Schuldenfrage und die Reparationen einer durchgreifenden Revision zuzuführen.

Bejürchtungen, daß diese Krise England niederringen wird, sind im Augenblick nicht vorhanden und das englische Volk wird diese Krise überwinden. Aber der Weg vom Freihandel zum Schutzzoll erscheint in England frei, und das werden die Länder, die mit England Handel treiben, zu spüren bekommen. Der englische Schatzkanzler Snowden hat bittere Klage darüber geführt, daß die Goldschäke sich heute zu Dreiviertel in französischer und amerikanischer Hand befinden, und daß diese Mächte nicht die Hilfsbereitschaft gezeigt haben, die erforderlich war, um die heutige Katastrophe der englischen Währung zu verhindern. Das Beispiel aber zeigt mit aller Notwendigkeit, daß

Beruhigung in England

Die Börse wieder eröffnet — Trotz des Kursberfalls zuverlässige Stimmung — Rückwirkungen im Ausland

London. Wider Erwarten hat der Londoner Börsenvorstand beschlossen, die Börse schon am Mittwoch wieder zu öffnen. Dieser Beschluß steht im Gegensatz zu der Auffassung vieler Bank- und Börsenvertreter, die es für notwendig halten, erst eine längere Beruhigung eintreten zu lassen. Unverkennbar ist aber die Lage schon günstiger geworden. Die Bankiers und Makler beurteilen die Lage zuverlässig. Sie rechnen freilich mit einem Kursfall des Pfundes bis zu 25 Prozent.

Auswirkung der englischen Krise

Auch Schweden, Griechenland und Italien heben den Goldstandard auf.

Genf. Bei der Finanzabteilung des Völkerbundssekretariats ist am Dienstag die Mitteilung eingegangen, daß auch Schweden, Griechenland und Italien die Zahlungen nach der Goldparität aufgehoben haben.

Auswirkungen der englischen Finanzkrise

London. Das englische Kabinett befaßte sich in einer außerordentlichen Sitzung am Dienstag erneut mit der Finanzkrise. Es ließ wiederum verlauten, daß es gegen Inflationsgewinnern ganz energisch vorgehen würde. Eine Organisation für diesen Zweck besteht bereits.

Das Schahamt hat eine sehr scharfe Verfügung ausgegeben, die bis auf weiteres den Anlauf von Devisen oder die Ueberweisung von Guthaben zu dem Zweck, Devisen zu erhalten, für britische Staatsangehörige verbietet. Die Southern Railways, eine der vier großen englischen Eisenbahngesellschaften hat beschlossen, die Fahrpreise nach dem Festlande zu erhöhen.

In einzelnen Teilen des englischen Weltreiches macht sich eine gewisse Unzufriedenheit darüber geltend, daß die Landeswährung mit dem englischen Pfunde verknüpft ist. In Ägypten hatten die Bankvertreter hierüber Besprechungen mit der Re-

gierung. In Kairo und Alexandria bleibt die Börse auch am Mittwoch geschlossen. In Kreisen der englisch-indischen Konferenz wird versucht, bei den bevorstehenden Finanzverhandlungen auch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht zweckmäßig sei, die indische Währung von der englischen unabhängig zu machen.

Warschau und die englischen Finanzmaßnahmen

Warschau. Die Erschütterung des englischen Pfundes hat hier das größte Aufsehen erregt. Nichtsdestoweniger hat die Warschauer Börse verhältnismäßig Ruhe bewahrt, allerdings bei nur geringer Nachfrage und größter Zurückhaltung. In den Finanz- und Börsenkreisen wird versichert, daß zunächst noch keinerlei Maßnahmen von seiten der polnischen Regierung zu erwarten seien. Der regierungsfreundliche „Ezprek Poranny“ erklärt hierzu: „Der polnische Zloty hat am gestrigen Tag wiederum den Beweis seines unerschütterlichen Wertes geliefert“. Man glaubt, daß England auf eine Hilfe Frankreichs und Amerikas mit Bestimmtheit rechnen dürfe und daß in drei bis vier Tagen wieder eine Beruhigung eintreten werde. Desgleichen wird in Finanzkreisen die Meinung vertreten, daß dem Danziger Gulden zunächst keine ernsthafte Gefahr drohe.

Grandis Berliner Besuch Ende Oktober

Genf. In den hier mehrfach geführten vertraulichen Besprechungen zwischen Curtius und dem italienischen Außenminister Grandi ist nun von deutscher Seite verhindert worden, daß Grandi der deutschen Regierung seinen Gegenbesuch Ende Oktober abstatten soll. Ob und wann Mussolini selbst die Berliner Regierung besucht, ist unentschieden.

Frankreich bezüglich der finanziellen Gebahrung, in Europa die Vormachtstellung innehat und zu einer Verständigungspolitik erst durch die Wirtschaftskrisen der anderen Länder bewegen werden kann. Wann dieser Zeitpunkt eintreffen wird, ist nicht zu sagen, aber es scheint, daß die amerikanische Einladung des französischen Premiers Laval nach Washington damit in Verbindung steht, eine Politik einzuleiten, die die Revision des Schulden- und Reparationsproblems nach sich ziehen soll. Die harte Wirtschaftskrise in Amerika selbst, zwingt Hoover, Schritte zu unternehmen, um eine Gesundung der Weltmärkte herbeizuführen und dies kann nur mit Hilfe von Frankreich geschehen. In Amerika ist man sich über den englischen Währungssturz vollkommen im klaren, man weiß, daß die Schutzollpolitik, die nunmehr in England eingeleitet werden soll, nur zur Verschärfung der Krise in den anderen Ländern beitragen muß und die Währungen vieler Länder gefährdet erscheinen, die das Pfund Sterling als die Basis ihrer Wirtschaft betrachten haben. Das zeigt sich mit aller Deutlichkeit durch die Schließungen der Börsen auf verschiedenen Weltplätzen.

Englands Zahlungsbilanz ist in jeder Beziehung aktiv und es kann sich die zeitweilige Außerfraktionierung der Goldwährung leisten. Aber die Bemühungen der City, weiterhin als Finanzmittelpunkt des Welthandels zu gelten, sind gescheitert und ob sie diese Position sobald wieder gewinnen wird, mag dahingestellt sein. Ohne Zweifel werden Frankreich und Amerika eingreifen, um die Krise zu überwinden, nichts kann aber sobald das Vertrauen zum englischen Pfund leben, welches durch die Panik der letzten Tage in der ganzen Welt hervorgerufen worden ist. Das Pfund Sterling galt bisher als unerschütterlich, bis eben der letzte Freitag und die nachfolgenden Tage bewiesen haben, daß auch hier etwas nicht in Ordnung ist. Das Gold hat seine Abwanderung von England nach Frankreich und Amerika vollzogen, die Machtposition hat gewechselt, der Krieg zeigt, trotz des Sieges, seine Wirkungen, hier kommen die Folgen der auch in England längst erkannten Unstimmigkeiten der Friedensverträge zum Ausdruck. Der englische Schatzkanzler hat nach einer Weltkonferenz den Ruf in aller Deutlichkeit ertönen lassen, und das Echo in Paris rührt schmerzhaft an die Fragen Reparationen und Revisionen, die man glaubt negieren zu können. Einweilen scheint es, daß die scharfen Maßnahmen des englischen Kabinetts nicht nur in England, sondern auch im Ausland das Vertrauen zum Pfund wieder hergestellt haben, wenn auch die Nachwirkungen für die Beteiligten außerhalb England noch kommen werden. Die City hat ihre Machtposition überschätzt, die Bank von England und damit das englische Volk, haben aber die Zeche zu bezahlen.

Nicht zuletzt hat jetzt das Bürgertum jene Zeche zu begleichen, vor der die Arbeiterminister wiederholt gewarnt haben. Man wollte die Gefahren nicht mit einer Arbeiterregierung bannen, man rief nach der Nationalregierung und nun hat das Konzentrationskabinet die Folgen der verfehlten Politik zu tragen. Denn es wäre falsch, die Schuld an der heutigen Katastrophe der Arbeiterregierung zuzuschreiben, sie ist beziehungsweise liegt in der Politik der Baldwin und Chamberlain begründet, die den französischen Freund pouffierten, der jetzt Rache an England übt, ihm immer mehr Gold und Kredite abzapsft, sich aber als der Retter gebärdet, weil er neue Kredite in Aussicht stellt. England wird diese Katastrophe in Kürze überwinden, die Geldwährung wird wieder hergestellt, darüber zweifelt niemand in der Welt. Aber die Kosten wird nicht England allein tragen, ganz Europa wird an dieser Sanierung mehr oder weniger beteiligt sein. Wieder zeigt es sich, wie die Vernichtung eines Teils Europas, die Vernichtung anderer Völker nach sich zieht, die Opfer werden immer größer, aber in Genf läßt man große Worte erschallen, während die Welt an den sogenannten Friedensverträgen zu Grunde geht. England ist nicht das letzte Opfer dieser europäischen Krise, bald wird es anderswo im Finanzgebüß krachen, nur erwarte man nicht, daß man das nächste Unglück verhindern wird. Die Frage, die im Augenblick noch nicht beantwortet werden kann, heißt: wer ist der Nächste? —A.

Die kommunistischen Umtriebe in der Provinz Toledo

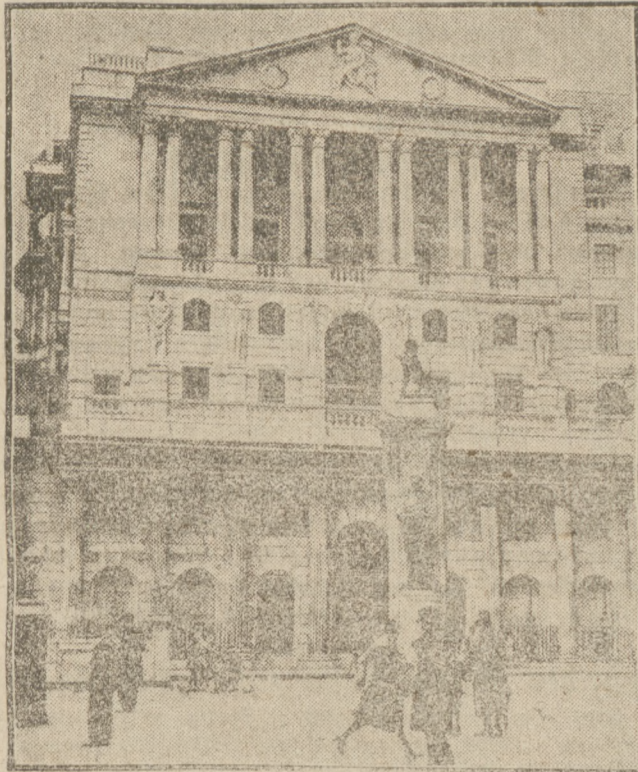
Madrid. In der Provinz Toledo nehmen die kommunistischen Umtriebe ständig zu. Angriffe auf Polizei, gewaltsame Besitzergreifung von Privateigentum usw. sind an der Tagesordnung. Im Corral wurden ein Richter und ein Staatsanwalt von Kommunisten mißhandelt und gefangen gesetzt.

Die große Finanzkrise in England



Die Londoner Börse

die wegen der Finanzkrise ihre Pforten geschlossen hat.



Das Gebäude der Bank von England

die vorerst die Auszahlung in Gold eingestellt hat.

Poncet zu den deutsch-französischen Beziehungen

Für Zusammenarbeit mit allen Nationen

Berlin. Anlässlich eines Presseempfanges übermittelte der neue französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, der Presse eine Erklärung, in der er u. a. ausführte: Ich habe heute Seiner Excellenz, dem Herrn Reichspräsidenten mein Beglaubigungsschreiben überreicht. Die Ansprache, die ich wie üblich, bei dieser Gelegenheit gehalten habe, beweist deutlich, in welchem Sinne ich versuchen werde, die mir anvertraute Aufgabe zu erfüllen.

Obwohl Frankreich bisher von der Wirtschaftskrise weniger betroffen wurde als andere Länder, so wünscht es doch keineswegs, sich von der übrigen Welt abzuschließen.

Selbstverständlich möchte es seine eigenen Interessen wahren, bleibt aber dabei dem Schicksal der benachbarten Völker gegenüber nicht gleichgültig.

Im Gegenteil fühlt Frankreich, daß immer enger geknüpfte Solidarität die Nationen miteinander verbindet und daß nur eine ehrlich gemeinte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe Europa und die Welt instand setzen werden, eine besonders schwierige Zeitpanne ohne übermäßige Leiden zu überwinden.

Soweit es in ihrer Macht steht, wird die Regierung der französischen Republik alles versuchen, um mit Deutschland zu beständigen Beziehungen und einer wirksamen Zusammenarbeit zu gelangen. Dies entspricht dem Wunsche aller vernünftig denkenden und wohlgesinnten Leute der beiden Länder. Möge der Besuch, den die französischen Minister in einigen Tagen der Reichsregierung in Berlin abstatten werden, die Erfüllung dieses Wunsches beschleunigen. Ich weiß, daß eine mühselige Arbeit und eine große Ausdauer erforderlich sein werden, um dieses Ziel zu erreichen. Ich werde mich dieser Aufgabe, soweit es in meinen Kräften steht und mit umso größerer Freude widmen, als Deutschland für mich kein unbekanntes Land ist.



Frankreichs neuer Vertreter in Berlin
Botschafter Poncet, der Nachfolger de Margerites, bei seiner Ankunft in der Reichshauptstadt. (In der Mitte.)

Rußland macht nicht mit

Moskau entsendet keine Vertreter zu den Genfer Besprechungen „über den Rüstungstillstand“.

Moskau. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion veröffentlicht folgendes Telegramm, das Titowinow an den Völkerbund gerichtet hat: „Ich danke Ihnen für Ihr freundliches Telegramm über den Beschluß der 3. Kommission, welche die Sowjetunion zur Beteiligung mit beratender Stimme an den Besprechungen über die zeitweilige Einstellung der Rüstungen einlädt. Abgesehen von den übrigen Bedingungen der Einladungen, beschränke ich mich mit dem Hinweis auf die kurze Frist, welche die Sowjetregierung daran hielt, einen Vertreter nach Genf zu entsenden. Ich halte es jedoch für nötig, festzustellen, daß die Sowjetregierung bereit ist, jede Anregung auf dem Gebiete der Rüstungseinschränkungen zu unterstützen und sich bereitfinden würde, sich der Anregung des italienischen Außenministers unter der Bedingung anzuschließen, daß sie von allen Ländern in obligatorischer Form angenommen wird, daß sie sich auf alle Waffengattungen erstreckt und daß sie die Hauptfrage, nämlich die Abrüstung und Einschränkung der bereits vorhandenen Rüstungen, nicht verdrängt, die in aller nächster Zeit gelöst werden soll.“

Die Einladung Hoovers

Paris. Die Einladung des französischen Ministerpräsidenten nach Washington zu kommen, um mit Präsident Hoover alle wichtigen internationalen Fragen zu besprechen, wird in der französischen Öffentlichkeit mit großer Genugtuung aufgenommen. Wenn Laval sich noch nicht entschlossen habe, die Einladung endgültig anzunehmen, so herrsche kein Zweifel darüber, daß er sich bereits im Laufe des kommenden Monats nach Amerika einschiffen werde. Der „Petit Parisien“ unterstreicht, daß Laval unmöglich diese Einladung abschlagen könne, die sowohl für ihn persönlich, wie auch für Frankreich sehr schmeichelhaft sei. Der „Figaro“ hebt hervor, daß Präsident Hoover nur Laval eingeladen habe und zieht daraus den Schluß, daß das Ansehen Briands in der Welt immer mehr abnehme.

Henderson bei Macdonald

Eintritt der Opposition in die Regierung.

London. Reuter meldet: „Trotz der Nachrichten über den Stand des Pfundes im Auslande war die Stimmung durchaus zuversichtlich; die Zeitungen weisen darauf hin, daß gewisse Verluste unvermeidbar und zu erwarten seien, bevor es gelinge, das Pfund zu einem neuen Kurse zu stabilisieren. Es werden sogar Stimmen laut, die von einem Eintritt Hendersons, des Chefs der Opposition, in die Regierung sprechen. Durch dieses Ereignis würde die Opposition nur noch aus einigen Unverbesserlichen bestehen. Die Tatsache, daß Henderson eine lange Unterredung mit Macdonald hatte, führte zu zahlreichen Vermutungen.“

Ministerpräsident Macdonald leidet an den Folgen von Ueberarbeitung. Auf ärztlichen Rat wird er einige Tage auf dem Lande verbringen, seine Vertretung hat Baldwin unternommen.

Pfundpanik an der Riviera

Paris. Die englische Währungskrise hat unter den zahlreich dauernd oder vorübergehend in Paris weilenden Engländern geradezu panikartig gewirkt. In den großen Hotels gab es eine wahre britische Auswanderung. Viele Engländer der jogen es vor, schleunigst die Heimreise anzutreten. Die Züge nach Calais waren infolgedessen überfüllt. Noch alarmierender wirkte die Krise an der Riviera. Die Banden wurden dort von Hunderten von englischen Reisenden belagert. Sie zahlten für das englische Pfund nur 85 Franken, wechselten auch nur zehn Pfund auf einmal um. Nur die großen Hotels zahlten ihren Kunden entgegenkommenderweise 90 Franken für das Pfund. Bemerkenswert ist, daß an der Riviera schon während der letzten drei Tage das Pfund unter dem offiziellen Währungskurse gehandelt wurde.

Die Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses

Genf. Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes hat einen umfangreichen Bericht an die Vollversammlung angenommen, in dem sämtliche im Europaausschuß der Völkerbundversammlung bisher behandelten wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen behandelt werden. In einer Entschließung wird empfohlen, einen dringenden Appell an alle Regierungen zu richten, in Zukunft alles zu vermeiden, was auf dem Gebiete der Handels- und Zollpolitik das gegenwärtig fehlende Gleichgewicht noch weiter stören und insbesondere den allgemeinen Zahlungsausgleich gefährden könne. Ferner wird den Regierungen empfohlen, ihre Handels- und Wirtschaftspolitik von den Empfehlungen der wirtschaftlichen Sachverständigen des Europaausschusses leiten zu lassen. Zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit werden große internationale öffentliche Arbeiten empfohlen.

Brüning bei Hindenburg

Droßelung des Reichstags.

Berlin. Der Reichspräsident, der am Dienstag vormittag dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet hat, hat, wie verlautet, Dr. Brüning gegenüber die Ansicht geäußert, daß der Reichstag voraussichtlich etwa 14 Tage lenkigen werde, um die vorliegenden gesetzgeberischen Arbeiten zu erledigen. Es ist bekannt, daß auch der Reichskanzler gegen einen längeren Sitzungsabschnitt des Parlaments ist, da die kritische Entwicklung der Lage nach Ansicht des Kanzlers ausgedehnte parlamentarische Aussprachen nicht verträglich. Aus diesem Grunde dürfte der Kanzler dem Reichstagspräsidenten auch zu verstehen gegeben haben, daß eine Frist von 14 Tagen für den Reichstag ausreichen werde. Voraussichtlich dürfte sich der Reichstag also über die nächsten Wintermonate bis zu Beginn der Beratungen über den Haushalt verziehen. Der Reichskanzler wird kurz nach Eröffnung des Reichstages eine Erklärung über die politische Gesamtlage abgeben und sich über die Folgerungen äußern, die sich hieraus für das Kabinet ergeben.

